

GKV-Spitzenverband • Reinhardtstraße 28 • 10117 Berlin
per E-Mail
Bundesversicherungsamt
Referat 312
Herr Dr. Göppfarth
Friedrich-Ebert-Allee 38
53113 Bonn

Erich Peters
Ref. RSA/Analysen
Ansprechpartner/-in: Gunnar Barutzki
Ref. RSA/Analysen
Tel.: 030 206288-1114
Fax: 030 206288-81114
Gunnar.Barutzki@
gkv-spitzenverband.de
GKV-Spitzenverband
Postfach 04 05 65 • 10063 Berlin
Reinhardtstraße 28 • 10117 Berlin
www.gkv-spitzenverband.de
18.09.2014

Stellungnahme des GKV-Spitzenverbandes zu Anpassungen und Ergänzungen der Festlegungen nach § 31 Absatz 4 Satz 1 RSAV sowie der Verfahrensbestimmungen nach § 41 Absatz 5 Satz 2 RSAV für die Ausgleichsjahre 2013 und 2014 infolge der Änderungen durch das GKV-FQWG

Sehr geehrter Herr Dr. Göppfarth,

infolge der Änderungen durch das GKV-Finanzstruktur- und Qualitäts-Weiterentwicklungsgesetz (FQWG) hat das Bundesversicherungsamt dem GKV-Spitzenverband mit Schreiben vom 21.08.2014 je einen Entwurf zur Anpassung und Ergänzung der Festlegungen nach § 31 Absatz 4 Satz 1 RSAV sowie der Verfahrensbestimmungen nach § 41 Absatz 5 Satz 2 RSAV für die Ausgleichsjahre 2013 und 2014 mit der Bitte um Stellungnahme übermittelt. Zu diesen haben wir folgende Anmerkungen:

Die im FQWG vorgesehenen Sonderregelungen bei den Zuweisungen für das Krankengeld und für Auslandsversicherte sind am 01. August 2014 in Kraft getreten und sollen auch rückwirkend für die Ausgleichsjahre 2013 und 2014 gelten.

Die vorgeschlagenen Korrekturen zur Berechnung der Zuweisungen für das Krankengeld in den Festlegungen nach § 31 Abs. 4 Satz 1 RSAV sowie den Verfahrensbestimmungen nach § 41 Abs. 5 Satz 2 RSAV für die Ausgleichsjahre 2013 und 2014 entsprechen den Vorgaben des § 41 RSAV (neu). Der GKV-Spitzenverband hat hierzu keine Anmerkungen.

Bezüglich der Sonderregelung für Zuweisungen für Auslandsversicherte sehen die jeweiligen Änderungsentwürfe zur Festlegung und zur Verfahrensbestimmung konkret vor, dass das Absenken des Zuweisungsvolumens für die Alters-/Geschlechtsgruppen der Auslandsversicherten (Aus-



AGG) auf die tatsächlichen Leistungsausgaben für Auslandsversicherte zu einer proportionalen Erhöhung der Risikozuschläge für die Risikomerkmale ohne AusAGG führen soll. Der GKV-Spitzenverband empfiehlt zu prüfen, ob eine gesonderte Klarstellung der Regelungskompetenz des BVA in diesem Falle erforderlich ist, da in der Begründung zur Neufassung des § 41 Satz 2 RSAV i. d. F. des FQWG eine fachlich andere Ausgestaltung ausgeführt ist (vgl. hierzu auch unsere Stellungnahme zum Festlegungsentwurf 2015 vom 29.08.2014, S.14).

Weiterhin möchten wir anregen, im Punkt 2.6.2 beider Änderungsentwürfe für die Festlegung im letzten Satz den Begriff „tatsächliche Nettokrallengeldausgaben“ statt „tatsächliche Krankengeldausgaben“ (ggf. auch mit dem ergänzenden Verweis „gemäß KJ1“) zu verwenden. Dieser Begriff wird entsprechend im korrespondierenden Punkt T.1.b des Änderungsentwurfs zur Verfahrensbestimmung 2014 bereits verwendet und definiert. Somit wäre es aus Konsistenz- und Verständlichkeitsgründen sinnvoll, ihn auch in der Festlegung einzuführen.

Mit freundlichen Grüßen



Erich Peters